bericht aus dem grossen rat

Vor der Sommerpause steht im Grossen Rat jeweils die Behandlung der gewichtigen Berichte der Finanz- und der Geschäftsprüfungskommission an. Darin legen die beiden Oberaufsichtskommissionen ihre Beobachtungen zur Kantonsrechnung sowie zur Arbeit von Regierung, Verwaltung und Gerichten im vergangenen Jahr vor. Daneben wurden im Mai und Juni weitere bildungspolitische Traktanden behandelt. Der Grossratsbetrieb wird erst wieder im September aufgenommen.

Aufgrund von Unregelmässigkeiten bei der digitalen Stimmabgabe wurde das Lohnmassnahmenpaket für das Staatspersonal im Mai neu traktandiert. Alle Grossratsfraktionen stimmten der Aufhebung der entsprechenden Beschlüsse aus der April-Sitzung zu. Die FSS hatte sich stark für den Vorschlag der Regierung eingesetzt, welcher sozialpartnerschaftlich breit abgestützt war und von einer Minderheit der zuständigen Wirtschafts- und Abgabekommission (WAK) unterstützt wurde. Leider führte die Neuabstimmung knapp zu einem weniger positiven Ergebnis: Angenommen wurde der Vorschlag der WAK-Mehrheit, welcher den Umfang der Massnahmen einschränkte, die benötigten Finanzmittel reduzierte und vermehrt auf die Kantonspolizei ausrichtete sowie neue Punkte – darunter systemfremde Aspekte wie die sog. Konkurrenzklausel – festschrieb. Bei der entscheidenden Variantenabstimmung wurde aufgrund der Abwesenheit eines GLP-Mitglieds ein Stichentscheid der Grossratspräsidentin Gianna Hablützel-Bürki (SVP) nötig: 50 Ja (LDP, SVP, Mitte/EVP, GLP, FDP, andere) gegen 49 Nein (SP, Grüne/jgb, Basta).

Im Mai waren verschiedene bildungspolitische Anliegen traktandiert. Die Motion von Laurin Hoppler (Grüne/jgb) betreffend späterer Schulbeginn am Morgen an der Sekundarstufe I und II, dem ZBA und den Berufsschulen nimmt ein altes Anliegen auf und verlangt eine Flexibilisierung der Schulanfangszeit. Trotz Bedenken zur schulorganisatorischen Umsetzung wurde die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme bis August 2028 mit deutlichem Stimmenmehr erstüberwiesen (dagegen: Mehrheit SVP, Mehrheit FDP, Vereinzelte). Sehr deutlich bzw. stillschweigend wurden auch die beiden Anzüge von Brigitte Gysin (Mitte/EVP) und Sandra Bothe (GLP) betreffend Einführung einer stufengerechten Nachtsperrung bei eduBS-Books sowie Evaluation des Einsatzes digitaler Instrumente an den Schulen überwiesen (Frist: Mai 2028).

Im Juni stimmte eine Mehrheit des Grossen Rates bei der Motion von Franz-Xaver Leonhardt (Mitte/EVP) betreffend Einführung eines kantonalen Berufsbildungsfonds der definitiven Zweitüberweisung mit Frist bis Juni 2030 zu (dagegen: LDP, SVP, FDP, Vereinzelte). Die Motion von Catherine Alioth (LDP) betreffend professionelle ICT-Lehrstellenförderung wurde aufgrund von Vorbehalten bezüglich der einseitigen Förderung einer einzelnen Branche in einen weniger verbindlichen Anzug umgewandelt und mit grosser Mehrheit überwiesen (Frist: Juni 2026). Beantwortet wurde auch eine Interpellation von Eric Weber (fraktionslos) betreffend die Mitsprachemöglichkeiten und die Zufriedenheit der Schülerinnen und Schüler mit dem Verpflegungsangebot in den Tagesstrukturen. Der Interpellant war mit der Antwort zufrieden.

An den Sitzungen zum sogenannten «Bündelitag» standen die Berichte der Finanz- (FK) und Geschäftsprüfungskommission (GPK) im Zentrum. Die FK wies auf den zunehmenden Personalaufwand und Headcount im ED hin, welcher aber durch den Ausbau der Tagesstrukturen und die steigenden Schülerzahlen hinreichend begründet sei. Beide Kommissionen stellten Fragen zur schon mehrjährig andauernden, starken Zunahme der Kosten für Stellvertretungen und Unterrichtsausfälle in der Volksschule. Die sehr hohe Zahl krankheitsbedingter Abwesenheiten von Lehrpersonen bedürfe dringlich einer Ursachenanalyse. Empfohlen werden eine Befragung der Lehrpersonen in Zusammenarbeit mit dem Berufsverband sowie die Einführung eines wirksamen betrieblichen Gesundheitsmanagements – beides alte Forderungen der FSS. Was nicht geschehen dürfe: vermehrte Unterrichtsausfälle zugunsten einer kurzfristigen Kostenreduktion. Es wurde auch darauf verwiesen, dass die steigenden Kosten für Lehrmittel einen Nachtragskredit notwendig gemacht hatten und die Mittel an den Standorten nicht zweckentfremdet verwendet werden sollten.

Für diesen Nachtragskredit hatte sich die FSS starkgemacht. Aufhorchen liess in der Debatte eine Bemerkung des FK-Präsidenten Joël Thüring (SVP): Er verwies im Kontext einer anzustrebenden stärkeren Ausgabenkontrolle bei den Kantonsfinanzen auf eine «Schärfung des Auftrags bei der generellen Aufgabenüberprüfung» (vulgo: Sparmassnahmen) und erwähnte dabei die Motion von Tobias Christ (GLP) betreffend die Einführung eines Aufgaben- und Finanzplans. In einem Zwischenbericht, der im kommenden September im Grossen Rat traktandiert ist, verlangt die Regierung eine einjährige Fristverlängerung zur Beantwortung (bis Juni 2027).

Text: Mike Bochmann Grob, Mitglied der Geschäftsleitung FSS

Zur FSS-Bildungspolitik:

Zur Grossratsseite: